

2024



CCPI
Climate Change
Performance Index

Jan Burck
Thea Uhlich
Christoph Bals
Niklas Höhne
Leonardo Nascimento

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Klimaschutzbemühungen von 63 Ländern
plus EU – Abdeckung von mehr als 90 % der
globalen Treibhausgasemissionen



Impressum

Germanwatch – Büro Bonn

Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 60492-0
Fax: +49 (0) 228 60492-19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72
D-10963 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 57 71 328-0
Fax: +49 (0) 30 57 71 328-11

E-mail: ccpi@germanwatch.org
www.germanwatch.org



NewClimate Institute – Büro Köln

Waidmarkt 11a
D-50676 Köln
Tel.: +49 (0) 221 99983300

NewClimate Institute – Büro Berlin

Schönhauser Allee 10-11
D-10119 Berlin
Tel.: +49 (0) 030 208492742



CAN

Climate Action Network International

Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn



Disclaimer – Karten

Die im CCPI verwendeten Karten und die darauf abgebildeten nationalstaatlichen Grenzen implizieren in keiner Weise eine politische Meinung oder ein Urteil über den rechtlichen Status eines jeden Staatsgebiets. Die dargestellten Staatsgrenzen sind angelehnt an die offizielle Haltung der Vereinten Nationen zu diesem Thema.

Wir bitten um Entschuldigung, falls die verwendeten Namen oder Grenzen mit Ihrer nationalen Identität oder Ihren allgemeinen Überzeugungen in Konflikt stehen. Wir möchten darauf hinweisen, dass sich der CCPI ausschließlich auf das globale Ziel des Klimaschutzes fokussiert und keine Haltung hinsichtlich Ländergrenzen einnimmt.

Gefördert von der
Barthel Stiftung



Autor:innen:

Jan Burck, Thea Uhlich, Christoph Bals, Niklas Höhne, Leonardo Nascimento, Chetna Hareesh Kumar, Jolana Bosse, Merle Riebandt

Mit Unterstützung von:

Pieter van Breevoort, Ana Tamblýn, Monica Tavares, Elisabeth Strietzel

Karten:

Erstellt mit 23°

Design:

Karin Roth – Wissen in Worten, basierend auf einem Layout von Dietmar Putscher

Titelfoto: Efe Kurnaz / Unsplash

Dezember 2023

Die Ergebnisse sowie interaktive Karten und Tabellen (auf Englisch) finden Sie im Internet unter:

www.ccpi.org

Hinweis zur Vergleichbarkeit mit früheren CCPI-Ausgaben

Der CCPI 2024 (für 63 ausgewählte Länder und die EU) wird auf Grundlage der methodischen Neuberechnung von 2017 erstellt. Diese beinhaltet alle Treibhausgasemissionen¹ und evaluiert die 2030-Klimaziele in Hinblick auf die Vereinbarkeit mit einer länderspezifischen Entwicklung, bei der die Erderwärmung deutlich unter 2°C bleibt. Hieran werden auch alle aktuellen Werte und Ziele in den Kategorien Treibhausgase, Erneuerbare Energien und Energieverbrauch gemessen. Daher ist die Vergleichbarkeit mit Ausgaben vor dem CCPI 2018 leider begrenzt. Die diesjährigen Ergebnisse können allerdings mit der G20-Ausgabe des CCPI sowie den Ausgaben von CCPI 2018 bis CCPI 2023 verglichen werden. Für den CCPI 2024 wurden Usbekistan, die Vereinigten Arabischen Emirate, Pakistan und Nigeria neu hinzugefügt, daher können Platzierungen aus vorherigen Editionen nicht exakt verglichen werden. Da der russische Angriffskrieg die ukrainische Energie-, Industrie-, Transport- und Bauwirtschaft massiv beeinträchtigt bzw. zerstört hat, haben wir uns dazu entschieden, die Ukraine im CCPI 2024 nicht zu bewerten.

Disclaimer – Copyright

Die durch die Autor:innen erstellten Inhalte und Werke auf diesen Seiten unterliegen dem deutschen Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung der jeweiligen Autor:innen bzw. Ersteller:innen. Vervielfältigungen dieser Publikation und Nutzung der Daten der Publikation sind nur für den privaten, wissenschaftlichen und nicht kommerziellen Gebrauch gestattet. Soweit die Inhalte dieser Publikation nicht von den Autor:innen und Ersteller:innen angefertigt wurden, werden die Urheberrechte Dritter beachtet. Insbesondere werden Inhalte Dritter als solche gekennzeichnet. Sollten Sie trotzdem auf eine Urheberrechtsverletzung aufmerksam werden, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Inhalte umgehend entfernen.

¹ Alle Treibhausgase unter dem Kyoto-Protokoll (CO₂, CH₄, N₂O, HFKW, PFKW und SF₆) sowie die Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und der Forstwirtschaft (LULUCF).

Einführende Worte

Seit 2005 bietet der Climate Change Performance Index (CCPI – früher Klimaschutz-Index) jährlich ein unabhängiges Kontrollinstrument, um die Klimaschutzbemühungen der untersuchten Länder zu messen. Damit verbessert er die Transparenz in der internationalen Klimapolitik und ermöglicht einen Vergleich der Klimaschutzleistungen und Fortschritte der einzelnen Länder. Er betrachtet in den einzelnen Staaten vier Bereiche: Treibhausgasemissionen (40 % der Gesamtwertung), Erneuerbare Energien (20 %), Energieverbrauch (20 %) und Klimapolitik (20 %). Zudem wird die Frage beantwortet, inwieweit das jeweilige Land in den Bereichen Emissionen, Erneuerbare Energien und Energieverbrauch adäquat handelt, um die Pariser Klimaziele erreichen zu können. Durch die langjährige und zuverlässige Analyse der Vorreiter und Bremser im Klimaschutz kann der CCPI als starkes Instrument genutzt werden, Regierungen für ihre Verantwortung in der Klimakrise zur Rechenschaft zu ziehen und ein Rennen um die besten Leistungen im Klimaschutz zu fördern.

Der anhaltende Aufstieg der Erneuerbaren Energien ist ein ermutigendes Zeichen für den Klimaschutz. Im Jahr 2022 wurden weltweit so viele neue Anlagen wie nie zuvor installiert. Das liegt zum einen an den stetig sinkenden Kosten für Produktion und Installation, aber auch an der wachsenden politischen Unterstützung für Erneuerbare.

Obwohl das Thema Klimaschutz bei vielen Ländern auf der Agenda steht, reichen die Anstrengungen noch nicht aus. Um den Klimawandel auf 1,5°C zu begrenzen, ist neben einem Ausbau Erneuerbarer Energien auch ein entschlossener und schneller Ausstieg aus den fossilen Energien notwendig.

Der CCPI 2024 liefert einen Einblick, wie erfolgreich einzelne Länder diesen Weg derzeit beschreiten und wo noch Nachholbedarf besteht.



Jan Burck
(Germanwatch)



Thea Uhlich
(Germanwatch)



Christoph Bals
(Germanwatch)



Niklas Höhne
(NewClimate Institute)



Leonardo Nascimento
(NewClimate Institute)



Tasneem Essop
(Climate Action Network International)

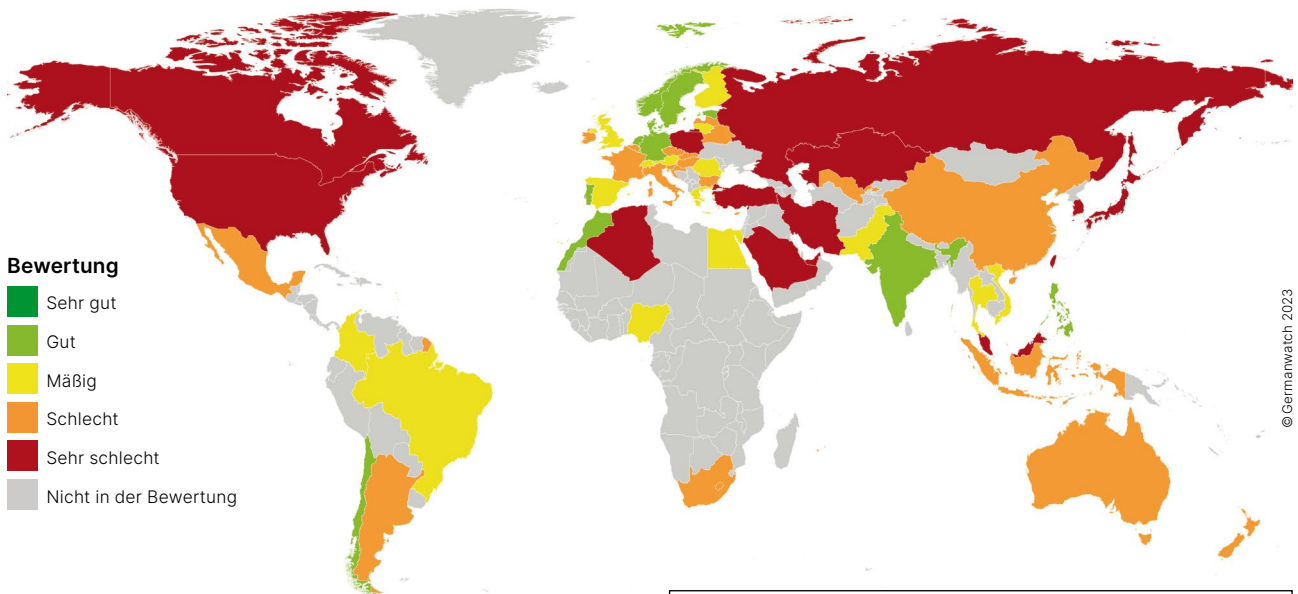
Autor:innen und Danksagung

Der Index wird von Germanwatch, dem NewClimate Institute und dem Climate Action Network International gemeinsam herausgegeben. Das Alleinstellungsmerkmal des CCPI liegt in den Indikatoren zur Klimapolitik. Die Bewertung der nationalen und internationalen Klimapolitik der einzel-

nen Länder im CCPI ist nur aufgrund der kontinuierlichen Unterstützung und der Beiträge von rund 450 Expert:innen für Klima- und Energiepolitik möglich. Wir danken ihnen ganz besonders für ihre Zeit, Bemühungen und Expertise, mit der sie zur Veröffentlichung des CCPI beitragen.²

² Eine vollständige Liste aller Expert:innen für den Bereich Klimapolitik befindet sich im Anhang der englischen Vollversion dieser Publikation.

CCPI 2024 – Gesamtergebnis



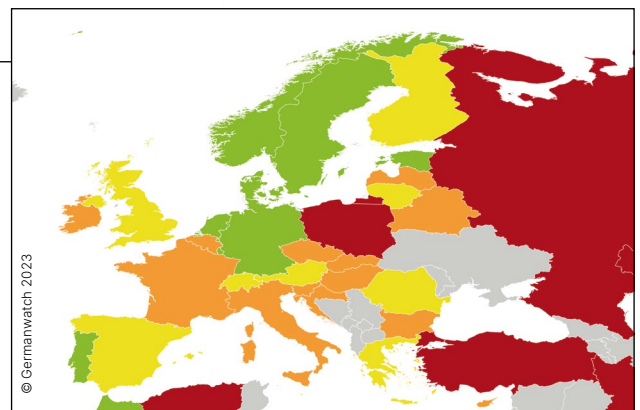
Auch in diesem Jahr bleibt das Treppchen frei

Die Weltkarte veranschaulicht die Ergebnisse und die Gesamtleistung der im CCPI bewerteten Länder. Die Tabelle (auf Seite 5) zeigt die Platzierung im Index und das Abschneiden in den vier dahinterstehenden Kategorien. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- ➔ Kein Land betreibt genügend Klimaschutz, um eine *sehr gute* Gesamtbewertung zu erhalten. Deshalb bleiben erneut die ersten drei Plätze leer.
- ➔ Dänemark bleibt zwar Vorreiter, schneidet aber nicht gut genug ab, um insgesamt eine *sehr gute* Bewertung zu erhalten.

Leistungen der G20:

- ➔ Mit Indien (Rang 7), Deutschland (Rang 14) und der EU (Rang 16) gehören nur drei G20-Mitglieder zu den Spitzenreitern im CCPI 2024.
- ➔ Fünfzehn G20-Länder erhalten insgesamt eine *schlechte* oder *sehr schlechte* Bewertung.
- ➔ Kanada, Russland, die Republik Korea und Saudi-Arabien sind nach wie vor die G20-Länder, die am schlechtesten abschneiden.
- ➔ Die G20 ist für mehr als 75 % der weltweiten Emissionen verantwortlich.



Leistungen der EU:

- ➔ Insgesamt verbessert sich die EU im Vergleich zum letzten Jahr um drei Plätze auf Rang 16. Damit erhält sie eine *gute* Bewertung.
- ➔ Vierzehn EU-Länder zeigen entweder eine *gute* oder *mäßige* Leistung, wobei Dänemark (Rang 4) und Estland (Rang 5) das Gesamtranking anführen.
- ➔ Die Niederlande verbessert ihre Leistung in drei der vier CCPI-Kategorien und steigt somit um fünf Plätze auf Platz 8 im Ranking auf. Italien hingegen fällt um fünfzehn Plätze auf Platz 44 zurück, was vor allem auf das schlechtere Abschneiden in der Kategorie Klimapolitik zurückzuführen ist.
- ➔ Polen (Rang 55) ist das einzige EU-Land, das in diesem Jahr eine *sehr schlechte* Bewertung erhält. Wenn die neue polnische Regierung ihre Ambitionen, insbesondere im Bereich Erneuerbare Energien, erhöht, sollte das Land im nächsten Jahr besser abschneiden.

CCPI 2024 – Gesamtergebnis

Rang	Veränderung	Land	Punkte**	Kategorien
1.*	–	–	–	
2.	–	–	–	
3.	–	–	–	
4.	0 –	Dänemark	75,59	
5.	4 ▲	Estland	72,07	
6.	6 ▲	Philippinen	70,70	
7.	1 ▲	Indien 🇮🇳	70,25	
8.	5 ▲	Niederlande	69,98	
9.	-2 ▼	Marokko	69,82	
10.	-5 ▼	Schweden	69,39	
11.	-5 ▼	Chile	68,74	
12.	-2 ▼	Norwegen 🇳🇴	67,48	
13.	1 ▲	Portugal	67,39	
14.	2 ▲	Deutschland 🇩🇪	65,77	
15.	2 ▲	Luxemburg	65,09	
16.	3 ▲	Europäische Union (27)	64,71	
17.	neu	Nigeria 🇳🇮	63,88	
18.	5 ▲	Spanien	63,37	
19.	2 ▲	Litauen	62,99	
20.	-9 ▼	Großbritannien 🇬🇧	62,36	
21.	1 ▲	Schweiz	61,94	
22.	-2 ▼	Ägypten	61,80	
23.	15 ▲	Brasilien 🇧🇷	61,74	
24.	19 ▲	Rumänien	61,50	
25.	17 ▲	Thailand	61,38	
26.	-11 ▼	Finnland	61,11	
27.	13 ▲	Vietnam	60,94	
28.	-4 ▼	Griechenland	60,34	
29.	-11 ▼	Malta	59,80	
30.	neu	Pakistan	59,35	
31.	-4 ▼	Kolumbien	58,68	
32.	0 –	Österreich	58,17	
33.	-8 ▼	Lettland	57,68	
34.	-1 ▼	Neuseeland	57,66	
35.	-5 ▼	Kroatien	57,32	
36.	-10 ▼	Indonesien 🇮🇩	57,20	
37.	-9 ▼	Frankreich	57,12	
38.	-7 ▼	Mexiko 🇲🇽	55,81	
39.	0 –	Belgien	55,00	
40.	-6 ▼	Slowakei	54,47	
41.	0 –	Slowenien	53,57	
42.	-7 ▼	Zypern	53,09	
43.	-6 ▼	Irland	51,42	
44.	-15 ▼	Italien	50,60	
45.	-1 ▼	Südafrika 🇿🇦	49,53	
46.	-10 ▼	Bulgarien	46,94	
47.	-1 ▼	Belarus	46,80	
48.	neu	Usbekistan	46,68	
49.	4 ▲	Ungarn	45,93	
50.	5 ▲	Australien 🇦🇺	45,72	
51.	0 –	China 🇨🇳	45,56	
52.	-7 ▼	Tschechische Republik	45,41	
53.	-4 ▼	Argentinien	45,39	
54.	-6 ▼	Algerien	44,54	
55.	-1 ▼	Polen 🇵🇱	44,40	
56.	-9 ▼	Türkei	43,82	
57.	-5 ▼	USA 🇺🇸	42,79	
58.	-8 ▼	Japan	42,08	
59.	-3 ▼	Malaysia	38,57	
60.	1 ▲	Kasachstan 🇰🇪	38,52	
61.	-4 ▼	Taiwan	36,94	
62.	-4 ▼	Kanada 🇨🇦	31,55	
63.	-4 ▼	Russland 🇷🇺	31,00	
64.	-4 ▼	Republik Korea	29,98	
65.	neu	Verein. Arab. Emirate 🇦🇪	24,55	
66.	-3 ▼	Iran 🇮🇷	23,53	
67.	-5 ▼	Saudi Arabien 🇸🇦	19,33	

Bewertung

- Sehr gut
- Gut
- Mäßig
- Schlecht
- Sehr schlecht

Index Kategorie

- Treibhausgase (40 % Gewichtung)
- Erneuerbare Energien (20 % Gewichtung)
- Energieverbrauch (20 % Gewichtung)
- Klimapolitik (20 % Gewichtung)

🔥 Die markierten Länder sind die weltweit größten Öl-, Gas- und Kohleproduzenten.

* Kein Land erreicht den ersten bis dritten Platz, da kein Land genug unternimmt, um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden.
 ** gerundet

Ausgewählte Länderergebnisse



Deutschland

14

16



Deutschland ist auf Platz 14 im diesjährigen CCPI.

Dabei erreicht Deutschland ein *mäßiges* Ranking in allen vier Kategorien: Treibhausgasemissionen, Erneuerbare Energie, Energienutzung und Klimapolitik.

Obwohl die jetzige Bundesregierung etwas mehr Ehrgeiz beim Klimaschutz zeigt, reichen die politischen Maßnahmen nicht aus, um Deutschlands offizielles Ziel zu erreichen (Treibhausgasneutralität bis 2045). Das zeigen jüngste Berichte des [Expertenrats für Klimafragen](#) und des [Umweltbundesamts](#). Unsere CCPI-Expert:innen sehen in den unterschiedlichen Interessen der drei Koalitionspartner ein Hindernis für eine ambitioniertere Klimapolitik. Insbesondere der Gebäude- und der Verkehrssektor stehen in der Kritik, da die im Klimaschutzgesetz festgelegten CO₂-Grenzwerte seit mehreren Jahren überschritten werden. Im Juni 2023 änderte die Bundesregierung das [Klimaschutzgesetz](#) dahingehend, dass nicht mehr jedes Ministerium individuell über die Fortschritte seines Sektors bei der Erreichung der Klimaziele berichtet. Stattdessen wird nun eine ressortübergreifende Gesamtbilanz erstellt. So können sich die Sektoren gegenseitig kompensieren, was dazu führen kann, dass fehlende Einsparungen in einzelnen Bereichen durch Fortschritte in anderen ausgeglichen werden.

Die geopolitische Lage hat sich auch auf die Energiepolitik in Deutschland ausgewirkt. Zwar wurde ein früherer Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen (2030 statt 2038), doch werden zwei Kohlekraftwerke länger als geplant betrieben. Deutschland gehört nach wie vor zu den [neun Ländern weltweit, die für 90 % der Kohleförderung](#) verantwortlich sind. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat dazu geführt, dass Deutschland Erneuerbare Energien als strategisch wichtig erkannt hat, um seine Energieunabhängigkeit zu sichern und die Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu verringern. Mehrere politische Maßnahmen wurden ergriffen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Unsere Expert:innen sehen jedoch auch, dass in der öffentlichen Debatte Sozial- und Klimapolitik gegeneinander ausgespielt werden, was zu einer geringeren Unterstützung z. B. von Heizungssanierungen führt.

Unsere Expert:innen weisen darauf hin, dass die Bundesregierung den Bau von fünf neuen LNG-Terminals (LNG = Liquefied Natural Gas) geplant hat, von denen einige bereits in Betrieb sind. Die Expert:innen des CCPI sind in dieser Frage geteilter Meinung. Einige verweisen auf eine mögliche erhöhte Energiesicherheit durch mehr Gasförderung. Andere wiederum warnen davor, dass der Bau neuer LNG-Infrastrukturen das Risiko hoher finanzieller Verluste birgt, da die fossilen Energieträger möglicherweise nicht die erwarteten Erträge erzielen. Mehrere [Studien](#), unter anderem vom NewClimate Institute, haben gezeigt, dass der Bau neuer LNG-Terminals die Energiewende untergräbt. Deutschland würde fast zwei Drittel mehr fossiles Gas importieren, als es derzeit verbraucht, wenn alle Terminals voll ausgelastet wären.

Obwohl die Bundesregierung klimapolitische Fortschritte angestoßen hat, reichen die politischen Maßnahmen nicht aus, um einen angemessenen Beitrag zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens zu leisten.



EU

16

19



Die Europäische Union (EU) liegt im diesjährigen CCPI auf Platz 16 und hat sich damit um drei Plätze verbessert.

Sie erhält in allen vier Kategorien eine *mäßige* Bewertung: Treibhausgasemissionen, Erneuerbare Energie, Energieverbrauch und Klimapolitik.

Im April 2023 verabschiedete die EU das [Fit-for-55-Paket](#). Es umfasst eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielen, die Klima- und Energievorschriften zu verbessern. Das Ziel ist, bis 2030 die Netto-Emissionen um 55 % zu senken (im Vergleich zu 1990) und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Die EU aktualisierte im Oktober auch ihren [Nationalen Klimaschutzbeitrag](#) (Nationally Determined Contribution – NDC), um ihn in Einklang mit dem Fit-for-55-Paket und dem europäischen Klimagesetz zu bringen.

Auch wenn die EU ihr 2030-Ziel wahrscheinlich erreichen wird, kommen die CCPI-Expert:innen zu dem Schluss, dass es immer noch nicht ehrgeizig genug für das 1,5°C-Ziel ist. Ein Bericht des [EU-Klimabeirats](#) (European Scientific Advisory Board on Climate Change – ESABCC) zeigt, dass mindestens 90 bis 95 % Netto-Emissionssenkung bis 2040 erforderlich sind, damit die EU gemessen an ihren historischen Emissionen einen fairen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leistet.

Die Expert:innen verweisen auf die potenziellen zusätzlichen Emissionsreduzierungen durch die Einführung des Emissionshandelssystems 2 (EU Emissions Trading System 2 – EU-ETS 2), das 2027 oder 2028 anlaufen wird. Der neue Kohlenstoffmarkt wird die Bepreisung auf Emissionen aus dem Straßenverkehr, aus Gebäuden sowie aus Industrie- und Energieanlagen ausweiten.

Die Expert:innen kritisieren die Tatsache, dass das Energieeffizienzziel des Fit-for-55-Pakets sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene unverbindlich bleibt, was es schwierig macht, die Mitgliedstaaten zur Rechenschaft zu ziehen. Außerdem müssen die Mitgliedstaaten eindeutig verpflichtet werden, bis 2025 nationale Verbote für die Installation von Heizungsanlagen für fossile Brennstoffe zu erlassen.

Mit der [Erneuerbare-Energien-Richtlinie](#) (Renewable Energy Directive – RED) fördert die EU den Ausbau von Erneuerbaren. Sie wurde im Rahmen der Fit-for-55-Initiative überarbeitet und legt fest, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch bis 2030 auf 42,5 % erhöht werden soll. Nach Ansicht der Expert:innen sind die verbesserten Ziele ein wichtiger Schritt nach vorn, doch ist ein Anteil von mindestens 50 % Erneuerbarer Energien erforderlich, um bis 2040 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Die Expert:innen fordern daher einen rechtsverbindlichen Ausstieg aus der Kohle bis 2030, aus fossilem Gas bis 2035 und aus allen fossilen Brennstoffen bis 2040.

Nigeria

17 – new

Nigeria liegt auf Platz 17 und gehört damit zu den Ländern mit mäßiger Leistung.


Nigeria zeigt in den vier Hauptkategorien des Index eine durchwachsene Leistung. In den Kategorien Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch schneidet das Land *gut* ab, in der Kategorie Klimapolitik jedoch *schlecht* und in der Kategorie Erneuerbare Energie sogar *sehr schlecht*.

Nigeria hat ein Emissionsreduktionsziel für die gesamte Wirtschaft festgelegt. Der 2021 eingereichte **Nationale Klimaschutzbeitrag** (Nationally Determined Contribution – NDC) sieht bis 2030 eine Reduktion von 20 % vor. Geknüpft an die Forderung nach internationaler Unterstützung plant das Land eine Emissionsreduktion von 47 % bis 2030 (beides verglichen mit dem Business-as-usual-Szenario). Nigeria will außerdem Netto-Null-Emissionen bis 2060 erreichen. Die Expert:innen sind sich einig, dass Nigeria in den vergangenen Jahren einige klimapolitisch wichtige Gesetze verabschiedet hat. Allerdings müssen diese ambitionierten Ziele auch umgesetzt werden, wenn sich die politische Bewertung des Landes verbessern soll.

Trotz der ehrgeizigen Ziele wird erwartet, dass fossile Brennstoffe auch in der nahen Zukunft noch einen großen Anteil am Energiemix ausmachen werden. Nigerias beträchtliche Erdöl- und Erdgasreserven sind der Grund, warum multinationale Unternehmen seit über sechs Jahrzehnten im Land tätig sind, insbesondere im mittlerweile ökologisch zerstörten Nigerdelta. Die auf fossilen Brennstoffen basierende Energieinfrastruktur zeugt darüber hinaus noch immer von der kolonialen Vergangenheit.

Die nigerianische Regierung hat sich jedoch zum Ziel gesetzt, bis 2030 mindestens 30 % des Stroms aus Erneuerbaren Energien zu beziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie mehrere Maßnahmen ergriffen, um Investitionen in Erneuerbare Energien zu fördern. Insgesamt fordern die Expert:innen eine kohärente Umsetzung der Klimapolitik, die Entwicklung einer nationalen Strategie für den Technologietransfer, mehr Investitionen in klimaresistente Infrastruktur und einen schnelleren Umstieg von fossilen auf Erneuerbare Energien.

Großbritannien

20 11 

Großbritannien setzt seinen Abwärtstrend fort und belegt im diesjährigen CCPI Platz 20.

Während das Land in den Index-Kategorien Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch *gut* abschneidet, erhält es in den Kategorien Erneuerbare Energie und Klimapolitik eine *schlechte* Bewertung.

Die britische Regierung unter Premierminister Sunak hat mehrere Klimagesetze zurückgeschraubt. Anstatt aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen, steigert die Regierung die inländische Förderung. Sie hat ein **neues Kohlebergwerk in Cumbria** genehmigt und Hunderte von neuen Öl- und Gaslizenzen in der Nordsee vergeben.

Die Expert:innen berichten von weiteren politischen Entscheidungen, die die Klimaziele untergraben. Im September verschob die Regierung ein **Verbot von Neuwagen mit Verbrennermotor** von 2030 auf 2035. Außerdem schwächte sie einen Plan

ab, der die Installation neuer Gaskessel in Haushalten bis 2035 stoppen sollte. Ein weiterer Rückschlag: 2023 wurden keine Offshore-Windprojekte genehmigt. Dies lässt es unrealistisch erscheinen, dass Großbritannien seine Offshore-Windkraftkapazität wie geplant bis 2030 verdreifachen kann.

Die CCPI-Expert:innen fordern eine massive Aufstockung der Mittel für Programme zur Hausisolierung sowie Maßnahmen zum Ersatz fossiler Heizsysteme durch Elektro- oder Wärmepumpensysteme. Sichtbare Fortschritte gibt es dagegen im Schienenverkehr, wo die Regierung **13,3 Milliarden Pfund** für den Zeitraum 2021/2022 zur Verfügung gestellt hat.

Der jüngste Rückzieher in der Klimapolitik hat sich negativ auf die Glaubwürdigkeit des ehemaligen COP-Gastgeberlandes ausgewirkt. Die Klimapolitik der britischen Regierung steht nicht im Einklang mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen der gesamten Wirtschaft bis 2030 um mindestens 68 % zu senken, und auch nicht mit dem Ziel, die globale Erwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen.

Verein. Arab. Emirate

65 – new

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) landen auf Platz 65 und gehören damit zu den am schlechtesten platzierten Ländern im Ranking.

Das Land erhält eine *sehr schlechte* Bewertung in den Kategorien Treibhausgasemissionen, Erneuerbare Energie und Energienutzung und eine *mäßige* Bewertung in der Kategorie Klimapolitik.

Die Pro-Kopf-Treibhausgasemissionen der VAE gehören zu den höchsten der Welt (etwa 26 Tonnen pro Kopf). Dennoch sind die nationalen Klimaziele des Landes nicht ambitioniert genug. Beispielsweise erschließen und finanzieren die VAE weiterhin neue Öl- und Gasfelder im In- und Ausland.

Die VAE haben in diesem Jahr ihren **Nationalen Klimaschutzbeitrag** (Nationally Determined Contribution – NDC) aktualisiert. Obwohl sie ihre Ambitionen erhöht haben, sind die neuen Klimaziele nicht ausreichend und die Umsetzung bleibt unklar. Die CCPI-Expert:innen begrüßen zwar die Bemühungen der Regierung, Solarprojekte voranzutreiben, doch liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien an der gesamten Energieversorgung aktuell noch unter 1 %. Nach Meinung der Expert:innen sollten die VAE nicht nur in Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung investieren, sondern auch versuchen, ihre Emissionen zu reduzieren. Dazu sollte das Land sein großes Potenzial für die Erzeugung Erneuerbarer Energien nutzen. Darüber hinaus fordern die Expert:innen strengere Bauvorschriften zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Die VAE planen die „größte COP aller Zeiten“ und sind hoch motiviert, diese zu einem Erfolg zu machen. Zu diesem Zweck wollen sie neben erfolgreichen Verhandlungen auch mehrere eigene politische Initiativen starten. Im Vorfeld der COP28 wurde die Rolle des COP-Präsidenten Sultan Al Jaber vielfach kritisiert. Er ist CEO der staatlichen Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC), eines Unternehmens, das seine Öl- und Gasproduktion derzeit weiter ausbaut.

➔ Weitere Ländertexte (auf Englisch) finden Sie im Internet unter: **www.ccp.org/countries**

Germanwatch

Germanwatch ist eine unabhängige Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisation, die sich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung einsetzt. Zukunftsfähig, das heißt für uns sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig.

Unsere Organisation gibt es seit über 30 Jahren. In dieser Zeit haben wir uns als wirkungsvoller Akteur der Zivilgesellschaft etabliert. So mancher Klima- und entwicklungspolitische Meilenstein wäre ohne Germanwatch später oder vielleicht auch gar nicht erreicht worden.

Unsere Themen:

- Klimaschutz, Klimaanpassung, Schäden und Verluste
- Unternehmensverantwortung
- Welternährung, Landwirtschaft und Handel
- Nachhaltige und demokratiefähige Digitalisierung
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Sustainable Finance
- Klima- und Menschenrechtsklagen

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Einfach online spenden:

www.germanwatch.org/spenden



→ Mit dem Stichwort *Climate Change Performance Index* können Sie direkt den CCPI unterstützen.

Fördermitgliedschaft:

www.germanwatch.org/foerdermitglied-werden

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG

IBAN: DE95 3702 0500 0003 2123 23

BIC/Swift: BFSWDE33XXX

www.germanwatch.org

NewClimate Institute

NewClimate Institute is a non-profit think tank supporting implementation of action against climate change in the context of sustainable development around the world. NewClimate Institute connects up-to-date research with real world decision-making processes with a focus on international climate negotiations, national and sectoral climate action and corporate climate commitments.

www.newclimate.org

Climate Action Network

CAN members work to achieve this goal through information exchange and the coordinated development of NGO strategy on international, regional, and national climate issues. CAN has regional network hubs that coordinate these efforts around the world.

CAN members place a high priority on both a healthy environment and development that “meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs” (Brundtland Commission). CAN’s vision is to protect the atmosphere while allowing for sustainable and equitable development worldwide.

www.climatenetwork.org

